

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet  
 unter: [www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 17

vom 7. Mai 2010

Redaktion: Katja Richardt

## Bund

869. Sitzung des Bundesrates .....3

## Inneres

Innensenator Christoph Ahlhaus verurteilt Ausschreitungen rund um den 1. Mai .....5

## Wirtschaft und Hafen

Anpassung der Unter- und Außenelbe von 13,50 *Meter* auf 14,50 *Meter*  
 Tiefe steht nicht zur Debatte .....8

## Familie, Soziales und Gesundheit

Nachbarschaft verbindet! ..... 11

Wettbewerb gewonnen: Hamburg ist Gesundheitsregion der Zukunft ..... 13

## Schule, Jugend und Berufsbildung

„Ab ins Wasser – aber sicher!“ ..... 15

Neue Impulse für einen attraktiven Mathematikunterricht ..... 17

„Acht auf einen Streich“ ..... 18

Schulausschuss des Deutschen Städtetages nimmt Stellung zur  
 Hamburger Schulreform .....20

## Umwelt

„Klimageburtstag“! .....22

Gartenschaugelände nimmt Formen an.....24

## Wissenschaft und Forschung

Hamburg stellt sich dem Wettbewerb der Forschungsförderung .....25

## Finanzen

Rechnungshöfe des Bundes und der Länder einig .....27

## Justiz

Klare Grenzen für Videoüberwachung .....	33
--	----

## Personen

HAW-Präsident Professor Stawicki wiederbestellt .....	34
---	----

## Zur Information

Bürgerentscheid im Bezirk Eimsbüttel zur Isebek-Bebauung .....	35
--	----

Volksentscheid zur Schulreform am 18. Juli 2010: .....	36
--	----

Die Badesaison 2010 ist eröffnet .....	37
--	----

Terminkalender .....	38
----------------------	----

## Pressestelle des Senats

6.5.2010/br06

**An der 869. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 7. Mai 2010, nehmen Bürgermeister Ole von Beust, Senator Dietrich Wersich, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.**

Die Tagesordnung umfasst 70 Punkte.

### **Hamburg unterstützt Hilfeleistungen für Griechenland**

Der Bundesrat berät morgen über das Gesetz zur Finanzstabilität der europäischen Währungsunion, das am selben Tag vom Bundestag beschlossen wird. Grundlage des Gesetzes ist der Beschluss der Euro-Staaten vom 2. Mai 2010, Griechenland unter strengen Auflagen Finanzhilfe zu gewähren. Die Hilfe ist verbunden mit einem dreijährigen Programm des Internationalen Währungsfonds (IWF). Griechenland kann sich nicht mehr an den Kapitalmärkten finanzieren. Deshalb ist die Finanzstabilität der Währungsunion als Ganze gefährdet. Um einen erheblichen Schaden für Deutschland abzuwenden, wird Hamburg dem vorliegenden Gesetz im Bundesrat zustimmen. IWF und Euro-Staaten werden Griechenland insgesamt 110 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Der deutsche Anteil beträgt über drei Jahre 22,4 Mrd. Euro, davon 8,4 Mrd. im ersten Jahr. Dieses Geld wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durch mit Gewährleistungen versehene Darlehen bereitgestellt. Griechenland muss diese Kredite mit Zinsen an die KfW zurückzahlen.

### **Hamburger EntschlieÙung zum Antipiraterieabkommen ACTA**

Das Antipiraterieabkommen ACTA, mit dem ein verbesserter internationaler Schutz vor Produktpiraterie bezweckt werden soll, wird derzeit zwischen der EU, USA, Kanada und Japan sowie weiteren Staaten ausgehandelt. Das Europäische Parlament hat bereits eine EntschlieÙung hierzu gefasst, mit der die mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen des Abkommens gerügt wird. Der Antrag Hamburgs, der am Freitag zur Abstimmung im Bundesrat steht, knüpft daran an und fordert darüber hinaus eine substantielle Beteiligung der nationalen Gesetzgebungsorgane und des Europäischen Parlaments an den Verhandlungen des Abkommens. Vor der Unterzeichnung des Abkommens soll die Kommission insbesondere eine Folgenabschätzung bezüglich der Auswirkungen auf die Grundrechte und den Datenschutz vorlegen.

### **Hamburg fordert gesetzliche Regelung statt Selbstverpflichtung für Google Street View**

Google lässt flächendeckende digitale Aufnahmen von Straßenpanoramen anfertigen, um diese anschließend im Internet zu veröffentlichen. Dabei werden auch Passanten und Anwohner bildlich erfasst. Derzeit besteht Rechtsunsicherheit, unter welchen Voraussetzungen ein digitales Abfilmen von Personen und Privateigentum bei der bildlichen Erfassung ganzer StraÙenzüge zulässig ist. Dieser Rechtsunsicherheit will Hamburg mit einer Gesetzesinitiative im Bundesrat entgegentreten, die am Freitag im Bundesrat vorgestellt und zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen wird. Hamburg fordert, dass Gesichter und Kfz-Kennzeichen unkenntlich gemacht werden müssen, bevor die Bilder ins Internet eingestellt werden. Die ursprünglichen Filmaufnahmen, ohne Verpixelung, sollen nach einem Monat gelöscht werden. Darüber hinaus sollen die Filmaufnahmen öffentlich angekündigt werden und abgebildete Personen die Löschung verlangen dürfen, auch wenn ihr Gesicht gepixelt ist. Hauseigentümer und Mieter erhalten ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht gegen die Abbildung des Gebäudes. Bei Verstößen soll ein Bußgeld bis zu 50.000 Euro fällig werden.

Bisher gibt es nur eine freiwillige Selbstverpflichtung von Google zur Verpixelung und Löschung von Daten. Der Hamburger Justizsenator, Dr. Till Steffen, hält dies nicht für

ausreichend: "Hier erlegt sich das Unternehmen freiwillige Regeln auf, dort sammelt es Daten über private WLAN-Netze, die die Nutzer verschlüsseln, weil sie nicht für die Allgemeinheit bestimmt sind. Wir brauchen daher eine gesetzliche Regelung und keine bloße Selbstverpflichtung."

### **Englisch soll neben Deutsch als Verhandlungssprache in wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten zugelassen werden**

Zur Stärkung des Gerichtsstandorts Deutschland soll Englisch als Gerichtssprache zugelassen werden. Der Gesetzentwurf, den Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in den Bundesrat eingebracht haben, ermöglicht die Einrichtung von Kammern für internationale Handelssachen bei den Landgerichten, vor denen Rechtsstreitigkeiten in englischer Sprache geführt werden können. Bisher können Prozesse vor deutschen Gerichten nur in deutscher Sprache geführt werden. Dies führt dazu, dass bedeutende wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten entweder im Ausland oder vor Schiedsgerichten ausgetragen werden. „Deutsche Kammern für internationale Handelssachen werden bedeutende wirtschaftsrechtliche Verfahren anziehen, dies wird den Gerichtsstandort Deutschland und deutsche Unternehmen stärken“, so der Hamburger Justizsenator Dr. Till Steffen.

### **Besserer Verbraucherschutz bei Kreditverträgen**

Der Bundesrat berät auch einen Gesetzentwurf, mit dem ein Muster für das Widerrufsrecht eingeführt wird, mit dem Verbraucher vor Abschluss eines Darlehensvertrages über ihre Rechte insbesondere den Widerruf des Vertrages informiert werden. Dadurch werden Verbraucher bei Kreditverträgen künftig besser geschützt. Verwendet der Darlehensgeber das Muster, gelten die gesetzlichen Anforderungen an den Inhalt der Informationen über Widerrufsrechte als erfüllt. Auch auf Seiten der kreditgebenden Unternehmen wird somit die Rechtssicherheit erhöht. Hamburg unterstützt diese Neuregelung.

### **Das Fußballfest zur WM 2010 kann kommen!**

16 : 0 ist ein Ergebnis, das man sich auch bei der kommenden Fußballweltmeisterschaft für die deutsche Nationalmannschaft wünscht. Im Bundesrat wird bereits im Team gespielt und alle 16 Länder werden voraussichtlich einer Verordnung zustimmen, die das Public Viewing während der WM 2010 auch in den Abend- und Nachtstunden ermöglicht. Vergleichbare Regelungen wurden für die letzte Welt- und Europameisterschaft erlassen. Die Verordnung sieht befristete Ausnahmeregelungen für „öffentliche Fernsehdarbietungen“ auch für Übertragungen nach 22 Uhr vor.

#### **Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer,**  
Koordinierung Bundesrat, Presse  
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund  
Tel. 0 30 – 2 06 46-109 [www.hamburg.de/landesvertretung](http://www.hamburg.de/landesvertretung)

02.Mai 2010/bfi02

## **Innensenator Christoph Ahlhaus verurteilt Ausschreitungen rund um den 1. Mai: „Das Maß ist voll!“**

Zwischen dem 30. April und dem 2. Mai randalierten überwiegend gewaltorientierte Jugendliche im Hamburger Schanzenviertel. Allein in Hamburg wurden nach jetzigem Kenntnisstand 28 Polizeibeamte und ein Feuerwehrmann verletzt, 13 Geschäfte wurden zum Teil schwer beschädigt, Fahrzeuge in Brand gesteckt. Auch in Berlin und anderen deutschen Städten gab es zahlreiche verschiedene gewalttätige Versammlungen mit gewaltbereiten Teilnehmern aus dem linksautonomen und rechtsextremistischen Spektrum. Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus, der auch amtierender Vorsitzender der Innenministerkonferenz ist, verurteilt diese Ausschreitungen.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Es ist nicht hinnehmbar, dass auch in diesem Jahr der Tag der Arbeit einmal mehr von skrupellosen Straftätern für ihre zügellosen Gewaltausbrüche und sinnlosen Angriffe auf Polizeibeamte und andere Rettungskräfte als Bühne missbraucht wurde. Wir hatten in Hamburg die Hoffnung, dass sich die Auseinandersetzungen diesmal in Grenzen halten. Auch wenn die Polizei die Lage stets unter Kontrolle hatte, hat sich die Prognose der Sicherheitsbehörden nicht erfüllt. Die gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Tage durch Links- und Rechtsextremisten aber auch erneut durch aggressiv-gewaltbereite Jugendliche sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Ereignisse erfüllen mich mit Abscheu. Wir dürfen jetzt nicht einfach Bilanz ziehen und dann zur Tagesordnung zurückkehren. Den Einsatzkräften von Bund und Ländern möchte ich im Namen aller Innenminister für ihre hohe Einsatzbereitschaft danken. Nur durch ihr entschlossenes Auftreten ist es gelungen, Gewalttäter und Extremisten jeder Couleur in die Schranken zu weisen. Allen verletzten Polizisten wünsche ich eine schnelle Genesung.“

### **„Die Einsatzkräfte brauchen gesellschaftliche Unterstützung!“**

**Innensenator Christoph Ahlhaus fordert die uneingeschränkte Rückendeckung unserer Einsatzkräfte durch Politik und Gesellschaft:** „Spätestens die gewaltsamen Vorfälle der letzten Tage müssen auch die klammheimlichen Sympathisanten und die nicht

wenigen Sorglosen wachrütteln, die immer noch die Gefahren des politischen Extremismus von Links und Rechts in Deutschland verharmlosen und Gewaltexzesse von Jugendlichen als ‚Dumme-Jungen-Streiche‘ bagatellisieren. Politik und Gesellschaft sind gefordert, extremistischen Gewalttätern gemeinsam im Rahmen der jeweils eigenen Möglichkeiten entschieden entgegenzutreten.“

**Mit Blick auf Berlin und andere Städte in Deutschland, wo Tausende Menschen gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten demonstrierten, sagte der Senator:** „Die Menschen in Deutschland haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie in der Lage sind, Rechtsextremisten in die Schranken zu weisen. Diesen friedlichen Protest vermisse ich aber leider, wenn die Gewalt aus der linken Ecke kommt oder sich gegen unsere Polizeibeamten, Feuerwehrleute und andere Retter richtet. Auch unsere Einsatzkräfte haben die zehntausendfache Unterstützung der Menschen verdient, für die sie tagtäglich und auch bei Demonstrationen im Einsatz sind. Völlig inakzeptabel wäre es, wenn sich mit dem Bundestagsvizepräsidenten einer der höchsten Vertreter dieses Staates den Aufforderungen der Polizei widersetzt haben sollte. Protest gegen Rechtsextremismus ist nicht nur legitimes, sondern verantwortungsvolles Handeln in unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Das geht aber auch in anderer Form, wie viele Menschen in unserem Lande immer wieder unter Beweis stellen. Wer unseren Polizeibeamten an einem einsatzintensiven Tag wie dem 1. Mai für seine Medienauftritte zusätzliche Arbeit beschert, lässt jegliche Solidarität mit denjenigen vermissen, die unseren Rechtsstaat unter Einsatz ihrer Gesundheit verteidigen müssen. Wenn es so ist, dass ein Bundestagsvizepräsident sich gegen das Gewaltmonopol des Staates gestellt hat, ist er der Öffentlichkeit eine Erklärung schuldig.“

**„Wir brauchen härtere Strafen bei Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte!“**

**Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus,** kündigte an, dass er die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte auf der Ende Mai in Hamburg stattfindenden Frühjahrstagung der Innenminister erneut zum Thema machen wird: „Wir sind es unseren Einsatzkräften schuldig, jetzt zügig einen vernünftigen Gesetzentwurf zu präsentieren, der von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird. Um es ganz klar zu sagen: Mit einer Alibi-Novelle aus dem Bundesjustizministerium werden wir auch in Zukunft unsere Beamten nicht besser schützen können. Wer mit Eisenstangen, Wurfgeschossen, Steinen und Flaschen auf

Einsatzkräfte losgeht, gehört weggeschlossen. Mit präventiven Maßnahmen und teuren Aufklärungskampagnen alleine wird man diese Krawallmacher nicht davon überzeugen können, sich zivilisiert politisch zu äußern, ohne auf andere loszugehen.“

**Abschließend lobte der Senator die gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern an diesem Wochenende:** „Die Solidarität der Innenministerien von Bund und Ländern hat an diesem Wochenende einmal mehr ausgezeichnet funktioniert. Die Bundesländer untereinander sind sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit in unserem Lande bewusst und helfen sich an Extremwochenenden wie diesem, in dem sie ihre Bereitschaftspolizeien zur Unterstützung dahin entsenden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Diese erfolgreiche sicherheitspolitische Philosophie müssen wir Länder uns erhalten. Dieses Wochenende zeigt aber auch, dass wir es uns alle nicht erlauben können, Bereitschaftspolizisten einzusparen und dann bei Großlagen andere Länder um Unterstützungskräfte zu bitten, um eigene Personallöcher zu stopfen. Wer so denkt, verletzt den Jahrzehnte alten Solidaritätsgedanken der Länder.“

**Für Rückfragen:**

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Thomas Butter und Ralf Kunz, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2678,

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

3. Mai 2010/bwa03

## **Anpassung der Unter- und Außenelbe von 13,50 Meter auf 14,50 Meter Tiefe steht nicht zur Debatte**

### **Richtigstellung:**

Zur heutigen Berichterstattung zur Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe erklären Wirtschaftsbehörde und Senatskanzlei:

1. An der anstehenden Anpassung der Unter- und Außenelbe von 13,50 Meter auf 14,50 Meter halten die Freie und Hansestadt sowie auch das Bundesverkehrsministerium im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens ohne wenn und aber fest. Zu diesem Punkt gibt es eine eindeutige Position des Senats wie sie auch im Koalitionsvertrag von CDU und GAL festgehalten ist.
2. Es gab in den vergangenen Monaten Kompromissangebote von Umweltverbänden, die Unter- und Außenelbe auf 50 cm statt auf einen Meter zu vertiefen, auf die sich keine der beteiligten Stellen bzw. Vorhabensträger eingelassen hat.

### **Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Michael Ahrens

Tel.: 040-42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

Pressestelle des Senats

Kristin Breuer

Tel: 040 – 428 31 2243 / 22 44

Kristin.Breuer@sk.hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG

hwf06

## Beziehungen mit Russland im Aufwind

### 20 Unternehmen an Ansiedlung in Hamburg interessiert

Hamburg, 06. Mai 2010 – Die russische Wirtschaft ist wieder auf dem Weg der Erholung“, sagt Heinrich Lieser, Vorsitzender der Geschäftsführungen der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH und der Hamburg Marketing GmbH. Die HWF hat die Stadt Hamburg in Moskau bei zwei Informationsveranstaltungen erfolgreich als attraktiven Wirtschafts- und Investitionsstandort präsentiert. An einer Firmengründung in Hamburg zeigten 20 Unternehmer Interesse.

Bei den Gesprächen ging es um die Möglichkeiten einer Firmengründung bzw. der Eröffnung einer Niederlassung in Hamburg. Vielfach besteht das Ziel in der logistischen und ökonomischen Optimierung von Warenströmen. Im Fokus der Gespräche standen strategische Investments in der Metropolregion, mit denen sich russische Unternehmer auf dem deutschen Markt etablieren können.

Während eines Round-Table-Gesprächs mit leitenden Vertretern der staatlichen Sonderwirtschaftszonen OAO haben sich Hamburger Logistiker und Beratungsunternehmen als Know-how-Geber für Hafenprojekte in Russland empfohlen. Denn in den nächsten Jahren soll mit einem Budget von rund 750 Millionen Euro eine Hafen-Sonderwirtschaftszone in Chabarowsk und ein Flughafen-Hub in Uljanowsk entstehen. Für beide Projekte sucht die russische Regierung nicht nur ansiedlungswillige Unternehmen, sondern insbesondere auch internationales Know-how in allen Bereichen der Hafententwicklung.

„Die positive Resonanz zeigt uns, dass auch Russland wirtschaftlich wieder Aufwind hat und viele Unternehmen gestärkt aus der Krise hervorgehen“, fasst **Heinrich Lieser, Vorsitzender der Geschäftsführungen von HWF und HMG**, die Ergebnisse der beiden Veranstaltungen in Moskau zusammen. Gut für Hamburg. Denn für den Hamburger Hafen und die Seehafenverkehrsunternehmen ist Russland ein besonders wichtiger Markt.

Im Jahr 2009 wurden im Seeverkehr zwischen Hamburg und der Russischen Föderation rund 329.000 TEU (20-Fuß-Standardcontainer) umgeschlagen. Damit ist Russland der dritt wichtigste Handelspartner im Containerverkehr nach der Volksrepublik China und Singapur. Auch im konventionellen Stückgutverkehr zählt die Russische Föderation zu den wichtigsten Handelspartnern Hamburgs, z. B. für Eisen, Stahl, Zellstoff und Maschinen.

Wöchentlich legen im Hamburger Hafen rund 35 Feeder-Schiffe mit Ziel Russland ab. Außerdem werden auf dem Landweg Container per LKW und Eisenbahn transportiert. Weitere Russlandverkehre werden im Transit über die Nachbarn in den Baltischen Staaten und über Finnland abgewickelt.

Etwa 800 Hamburger Firmen haben nach den Daten der Handelskammer Hamburg Partner in Russland. Den Stärken des Hamburger Außenwirtschaftsplatzes entsprechend betätigen

sich in Russland neben Herstellern vor allem Handelsfirmen und Dienstleistungsunternehmen, Spediteure, Logistiker, außerdem Lieferanten von Umwelttechnologie, IT- und Medienfirmen, sowie Verlage und Berater.

Umgekehrt haben sich rund 120 russische Firmen (Firmen mit russischer Muttergesellschaft oder einem Geschäftsführer, der aus Russland stammt) in Hamburg niedergelassen. Dazu gehört der Games-Entwickler INTENIUM, der Lebensmittelgroßhändler Dovgan, das Versicherungsunternehmen SOVAG und das medizintechnische Handelshaus AFS. „Russische Unternehmer schätzen den Wirtschaftsstandort Hamburg. Das Interesse wächst. Allein 2009 haben wir neun neue Firmen aus Russland an die Elbe geholt. Weitere Unternehmen sind kurz vor diesem Schritt“, sagt **Mirco Nowak, Geschäftsführer der russischen HWF-Repräsentanz LUNO GmbH**. Die HWF ist seit Mitte der 90er Jahre in Russland aktiv. „Wir sind dort ein namhafter und kompetenter Partner für die Unternehmen.“ Seit der durch die HWF mit initiierte Gründung der Deutsch-Russischen Handelsgilde im Jahr 2006 ist das Netzwerk stetig gewachsen. Mittlerweile sind in der Gilde, die als informeller Interessenverband fungiert, fast 100 Unternehmen vertreten.

#### Über die HWF

Die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH ist ein privatwirtschaftlich geführtes Beratungsunternehmen, das Unternehmen bei Expansions-, Restrukturierungs- und Investitionsprojekten in Hamburg unterstützt. Die HWF ist zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für die gesamte Wirtschaft. Wesentliche Unternehmensziele sind die Betreuung der in Hamburg ansässigen Betriebe und die nationale und internationale Akquisition neuer Firmen für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Zudem widmet sich die HWF dem Standort-Marketing. Die branchenspezifische Beratung erfolgt bei der HWF in Zusammenarbeit mit den Cluster-Managements von [Hamburg@work](mailto:Hamburg@work), der Logistik-Initiative Hamburg sowie der Initiative Luftfahrtstandort Hamburg.

#### Kontakt

HWF, Andreas Köpke, Bereichsleiter Marketing und Kommunikation  
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 23 ; Mobil: + 49 (0) 172 / 415 99 96

HWF, Birgit Riege, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 36 ; Mobil: + 49 (0) 162 / 162 09 90

4. Mai 2010/bsg04

## Nachbarschaft verbindet!

**Sozialsenator Dietrich Wersich ruft alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, sich mit originellen Ideen an den Hamburger Aktionstagen zu beteiligen**

Vom 22. September bis zum 3. Oktober 2010 wird sich in Hamburg alles um die Menschen von nebenan drehen: Mit den Aktionstagen „Nachbarschaft verbindet!“ wollen die Sozialbehörde und der Hamburger Integrationsbeirat das Augenmerk



auf einen besonders wichtigen Aspekt des Zusammenlebens in der Stadt lenken – die Bedeutung guter Nachbarschaft. Alle Bürgerinnen und Bürger Hamburgs, aber auch Vereine, Verbände, Institutionen und Vertreter der Wirtschaft sind aufgerufen, sich mit vielfältigen Aktionen, Veranstaltungen und Festen hieran zu beteiligen.

„Gemeinsam mit vielen Initiativen und Partnern in der Stadt rufen wir die Hamburgerinnen und Hamburger auf, aufeinander zuzugehen und so mehr voneinander zu erfahren“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Hierbei kommt dem Haus, in dem man lebt, der Straße und dem Stadtteil eine besondere Bedeutung zu. Es ist die Welt vor der eigenen Haustür, die zählt. Nachbarn sollen zusammen kreativ werden, etwas auf die Beine stellen und dadurch wichtige Netzwerke knüpfen. Gemeinsame Aktionen sind wichtig für das Miteinander und genau das brauchen wir in Hamburg: Eine gute Nachbarschaft, in der sich Menschen, egal welcher Herkunft oder welchen Alters, gegenseitig stärken und unterstützen.“

Der Phantasie und Kreativität der Akteure sind bewusst keine Grenzen gesetzt. Traditionelle Veranstaltungen wie Kinderfeste, Fußballturniere oder Flohmärkte sind genauso willkommen wie Vorlese-Happenings, gemeinsame Kochabende, kleine Garten-Partys oder Hauskonzerte. Wer möchte, kann seine Aktion bei der Freiwilligenbörse Hamburg

bekanntgeben und sie dort in einem Veranstaltungskalender aufnehmen lassen, der auch im Internet veröffentlicht wird.

Die Helfer der Freiwilligenbörse unterstützen Ratsuchende auch bei Fragen und vermitteln, wenn jemand eine Idee hat, aber nicht weiß, wie und mit wem er diese umsetzen kann. Die Hotline der Freiwilligenbörse ist ab sofort Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr unter ☎ **040-411 88 6700** zu erreichen. Alle Informationen zu den Aktionstagen gibt es auch auf der Internetseite: [www.hamburg.de/nachbarschaft-verbindet](http://www.hamburg.de/nachbarschaft-verbindet).

Bereits vor Beginn des offiziellen Starts der Kampagne war die Resonanz erfreulich: Viele Institutionen haben bereits ihre Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert, zum Beispiel die Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V. (TGH), der Hamburger Sportbund mit seinem Programm „Integration durch Sport“, SAGA GWG sowie die Firma Budnikowsky. Auch viele kleinere und private Initiativen, wie Elternschulen und Nachbarschaftstreffs haben bereits Interesse gezeigt.

Als verbindendes Element zu allen Aktionen wird es eine zentrale Veranstaltung geben, zu der alle Akteure der Aktionstage eingeladen werden. Außerdem bietet die Sozialbehörde den Akteuren Werbematerialien wie Aufkleber, Flyer und Plakate an, mit denen sie für ihre Aktionen werben können. Diese können auf der Seite [www.hamburg.de/nachbarschaft-verbindet](http://www.hamburg.de/nachbarschaft-verbindet) bestellt werden. Mit einem Fotowettbewerb wird darüber hinaus das beste Nachbarschaftsbild prämiert.

„Nachbarschaft verbindet“ ist eine Weiterentwicklung der Idee der Interkulturellen Woche, die aber nicht nur Menschen unterschiedlicher Nationen einander näher bringen möchte, sondern die Nachbarschaft im Allgemeinen stärken will. Die Interkulturelle Woche, die deutschlandweit in diesem Jahr unter dem Motto „Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“ steht, ist eine gemeinsame Initiative von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden Migrant\*innenorganisationen und staatlichen Akteuren. Mehr als 3000 Veranstaltungen in über 270 Städten zeigen bundesweit jedes Jahr Beispiele für ein gerechtes und friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen in unserer Gesellschaft.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert, Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de);

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

6. Mai 2010/bsb06

## Wettbewerb gewonnen: Hamburg ist Gesundheitsregion der Zukunft



Bundesforschungsministerium zeichnet Hamburger Konzept über Psychische Gesundheit aus



**Dr. Georg Schütte, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), hat Hamburg als eine von drei „Gesundheitsregionen der Zukunft“ ausgezeichnet. Der Antrag „GesundheitsMetropole Hamburg – Netzwerk Psychische Gesundheit“ war auf Initiative der Handelskammer Hamburg, in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Senat, und unter Federführung der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH erarbeitet worden. Die drei Preisträger der dritten Runde des Wettbewerbs „Gesundheitsregionen der Zukunft – Fortschritt durch Forschung und Innovation“ des BMBF, Hamburg, Ostseeküste und Rhein-Neckar, erhalten Fördergelder in einer Gesamthöhe von 22 Millionen Euro.**

Die Auszeichnung als Gesundheitsregion der Zukunft sei ein wichtiger Meilenstein für die Gesundheitswirtschaft in Hamburg, sagte **Frank Horch, Präses der Handelskammer Hamburg**. „Sie ist ein Symbol für die Dynamik in der Branche und die Chancen, die daraus entstehen. Ich bin überzeugt, dass die Aufbruchstimmung, die durch den Wettbewerb in Hamburg erzeugt wurde, dadurch weiter verstärkt wird.“ Jetzt komme es darauf an, gemeinsam mit dem Senat eine effektive Umsetzung der Projekte durch die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH zu organisieren.

„Wir freuen uns über die Auszeichnung, denn sie schafft weiteren Rückenwind, um die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft im Interesse der Patientinnen und Patienten, aber auch für mehr Beschäftigung und Innovation, voranzutreiben“, so **Hamburgs Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. Die prämierten Teilprojekte würden nun unter Koordination der gemeinsam von Senat und Handelskammer gegründeten Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH ihre Arbeit aufnehmen.

**Dr. Maren Kentgens, Geschäftsführerin der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH** blickt entsprechend positiv auf die kommenden vier Jahre: „Heute und in Zukunft psychische Gesundheit fördern, Erkrankungen früh erkennen und nachhaltig behandeln – das ist unser Ziel. Der Wettbewerb versetzt uns nun in die Lage, dieses Ziel konsequent umzusetzen und Hamburg zu einem Spitzenzentrum für die Aufklärung und Versorgung psychisch erkrankter Menschen auszubauen. Erstmals wird in Deutschland ein wissenschaftlich fundiertes Gesamtkonzept zum Thema Psychische Gesundheit umgesetzt und gesundheitsökonomisch evaluiert.“

Der Hamburger Antrag fokussiert mit dem Thema Psychische Erkrankungen ein gesellschaftlich und volkswirtschaftlich aktuelles Thema. Diese gehören zu den häufigsten Erkrankungen und werden ohne wirksame Maßnahmen weiter zunehmen. Unter Beteiligung von Unternehmen, der Dienstleistungsforschung sowie einer Vielzahl stationärer und

ambulanter Einrichtungen aus dem Bereich Psychische Gesundheit wurde von Oktober 2009 bis Februar 2010 ein innovatives, versorgungszentriertes und wissenschaftlich fundiertes Gesamtkonzept für die Metropolregion Hamburg entworfen. Die Bundesmittel sollen in zehn innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie angeschlossene Begleitforschung investiert werden. Rund 60 Hamburger Unternehmen und der Hamburger Senat haben sich bereit erklärt, zusätzlich zur Bundesförderung bis zu neun Millionen an eigenen Mitteln in die Finanzierung der Projekte einzubringen. Ziel der Netzwerkpartner: „Heute und in Zukunft psychische Gesundheit fördern, psychische Erkrankungen früh erkennen und nachhaltig behandeln.“

**Prof. Dr. Dr. Martin Härter** und **PD Dr. Martin Lambert**, **Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf** und Sprecher des Gremiums der prämierten Forschungs- und Entwicklungsprojekte, sind von den großen Chancen dieser Auszeichnung überzeugt. **Prof. Dr. Dr. Martin Härter:** „Durch die intensive Zusammenarbeit regionaler Partner kann die Versorgung psychisch Erkrankter und ihrer Angehörigen wirksamer und patientenorientierter werden. Eine umfassende Aufklärungs- und Bildungskampagne sowie die Bereitstellung einer Kommunikationsplattform werden Hamburger Bürger über alle Aspekte psychischer Erkrankungen informieren. **PD Dr. Martin Lambert:** „Projekte zur psychischen Gesundheit in Betrieben, zur Verbesserung der Selbsthilfe und sog. „Gesundheitsnetze“, u.a. zu den Themen Depression, Psychosen, Essstörungen oder Suchterkrankungen bei Jugendlichen werden gezielt Verbesserungspotentiale der Behandlung und Versorgung fokussieren.“

#### **Rückfragen der Medien:**

Dr. Jörn Arfs, Handelskammer Hamburg, Stabsbereich Kommunikation,  
Tel.: 36138-301, E-Mail: joern.arfs@hk24.de

Hannah Funck, Projektmanagerin, Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH,  
Tel.: 47196-429, Hannah.Funck@gwhh.de

Rico Schmidt, Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und  
Verbraucherschutz  
Tel.: 42863-34 78, E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

05. Mai 2010/bksm05

## **„Ab ins Wasser – aber sicher!“**

### **Auftakt der Initiative für mehr Wassersicherheit von Kindern mit Steffen Deibler**

In der Kita Greifswalder Straße haben heute Sportstaatsrat Dr. Manfred Jäger und Schwimmstar Steffen Deibler „Ab ins Wasser – aber sicher!“, die gemeinsame Initiative der Freien und Hansestadt Hamburg, der Bäderland Hamburg GmbH, des Hamburger Schwimmverbands, der DLRG und der Unfallkasse Nord vorgestellt. Die Initiative will Kinder, Eltern und Erzieher über das Thema Wassersicherheit informieren und für das Schwimmen lernen begeistern. Im Fokus sind Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren. Mit der Initiative werden die Aktivitäten der Hamburger Schwimmsportler zusammen geführt und deren Schwimmlern-Kurse auf hohem Niveau standardisiert. Das alles mit dem Ziel, die Wassersicherheit und Schwimmfähigkeit der Hamburger Kinder zu erhöhen.

Prof. Dr. Karin von Welck, Senatorin der Behörde für Kultur, Sport und Medien zur neuen Initiative: „Hamburg ist eine Schwimmhochburg! Wir wollen, dass schon die jüngsten Hamburgerinnen und Hamburger Spaß im Wasser haben. Sie sollen lernen, sich im Wasser sicher zu bewegen. Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern „Ab ins Wasser - aber sicher!“ gegründet haben. Damit sind alle Kompetenzen für dieses wichtige Thema gebündelt. So ein flächendeckendes und einheitliches Konzept ist bundesweit einzigartig!“

Schirmherr der Kampagne, Steffen Deibler: „Auch ich musste als Kind Schwimmen lernen, um im Sommer alleine in den Baggersee gehen zu können. Mit der Aktion „Ab ins Wasser – aber sicher!“ werden hoffentlich wieder mehr Kinder Schwimmen lernen. Und Schwimmen ist ein toller Sport – vielleicht geht es ja bei ein paar Kindern über das Lernen hinaus!“

„Ab ins Wasser – aber sicher!“ erfasst pro Jahr mehr als 950 Kurse mit über 7.500 teilnehmenden Kindern. Hierzu haben die Initiativpartner ein gemeinsames Qualitätssiegel entworfen, mit dem zukünftig alle Kurse gekennzeichnet sind, die den Ausbildungsstandards entsprechen. Dank der Initiative mit Qualitätssiegel ist für Eltern und Betreuer künftig leichter zu erkennen, welcher Schwimmkurs welche Fähigkeiten Kindern vermittelt, ganz unabhängig

vom Anbieter. Plakate und Flyer werden mit Start der Kampagne in Bädern, Kitas und städtischen Einrichtungen über die Angebote der Initiative informieren.

Steffen Deibler, Schwimmsportler des Hamburger Schwimmclubs, ist Europameister und mehrfacher Deutscher Meister sowie Weltrekordhalter auf der Kurzbahn über 50 Meter Schmetterling. Die Kita Greifswalder Straße ist schwimmaktiv und nimmt derzeit an einem Kurs von „Ab ins Wasser – aber sicher!“ teil.

Nähere Informationen zu „Ab ins Wasser – aber sicher!“ und zum Thema Wassersicherheit finden Sie in Infoflyern, unter [www.abinswasser.de](http://www.abinswasser.de) und bei allen Partnern der Initiative.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 207  
[susanne.frischling@bksm.hamburg.de](mailto:susanne.frischling@bksm.hamburg.de)

5. Mai 2010/bsb05

## **Neue Impulse für einen attraktiven Mathematikunterricht „Mit Vielfalt rechnen ...“, so lautet das Motto der Mathe-Tagung 2010.**

Am 7. und 8. Mai wird Hamburg zur Hochburg der Mathelehrer: Mehr als 400 haben sich für die zweitägige Fachtagung „Mathematik – Mit Vielfalt rechnen. Neue Impulse für einen kompetenzorientierten, individualisierten Mathematikunterricht“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) angemeldet. Über 90 Prozent davon kommen aus Hamburg. Auf dem Programm stehen rund 60 Vorträge und Workshops mit Anregungen, Ideen und Unterstützung für einen interessanten und abwechslungsreichen Mathematikunterricht.

Das Ziel: Den Matheunterricht so zu gestalten, dass wirklich alle Schülerinnen und Schüler auf eigenen, individuellen Wegen ihre mathematischen Fähigkeiten weiterentwickeln können. Eingeladen sind neben erfahrenen Lehrkräften und Fachdidaktikern aus ganz Deutschland auch Experten aus der Schweiz: Dort gibt es schon seit über 15 Jahren die sechsjährige Primarschule – und damit vielfältige Erfahrungen, wie ein spannender, abwechslungsreicher Matheunterricht auch in sehr heterogenen Lerngruppen gelingen kann.

Bildungssenatorin Christa Goetsch: „Der Ansturm auf die Tagung zeigt, dass die Hamburger Mathelehrer engagiert nach Ideen, kreativen Unterrichtskonzepten und neuen Erfahrungen suchen.“

### Rückfragen

Brigitte Köhnlein

Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 42863-2003

F: (040) 427978-999

E-Mail: [brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

[www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform)

06.05.2010/bsb06

## **„Acht auf einen Streich“**

### **Tag der Produktionsschulen im Stadtpark**

Bildungssenatorin Christa Goetsch eröffnete den 1. „Tag der Produktionsschulen“ in Hamburg. Unter dem Motto „Acht auf einen Streich“ stellten sich alle acht Produktionsschulen mit Informationen und Aktivitäten der Öffentlichkeit vor.

Vor zehn Jahren, im September 1999, hatte Christa Goetsch, damals noch bildungspolitische Sprecherin der GAL, zusammen mit der ehemaligen Schulsenatorin Rosemarie Raab, die erste Hamburger Produktionsschule in Altona offiziell eröffnet. Als Senatorin für Schule und Berufsbildung gelang es ihr, diese Schulform fest in Hamburg zu verankern. Im Schuljahr 2009/10 begannen die Produktionsschulen in Barmbek, Bergedorf, Billstedt-Horn und Steilshoop, im September dieses Jahres nehmen die Produktionsschulen in Eimsbüttel, Harburg und Wilhelmsburg ihre Arbeit auf. Für das nächste Schuljahr sind drei weitere geplant, so dass es dann insgesamt 11 Produktionsschulen mit rund 550 Plätzen in Hamburg geben wird.

Produktionsschulen sind Einrichtungen für schulpflichtige Jugendliche ohne Schulabschluss und hinreichender Ausbildungsreife. Die Produktionsschülerinnen und -schüler lernen ein Jahr ganz praktisch im Produktionsprozess, sieben bis acht Stunden am Tag und mit Entlohnung. Sie stellen marktgängige Produkte her, bieten Dienstleistungen an und müssen diese dann vermarkten. So müssen die jungen Menschen auf eine Art Verantwortung übernehmen, die sie aus der Schule nicht gewohnt sind. Die Arbeit in der Produktionsschule stärkt das eigenverantwortliche und selbständige Lernen. Mit den erworbenen Erfahrungen eröffnet sie den Jugendlichen die Chance, den Einstieg in eine Berufsausbildung zu finden.

Bildungssenatorin Christa Goetsch betont: „Die Verbindung von praktischer Arbeit mit der Förderung der persönlichen Entwicklung - das macht die Produktionsschulen zu einem besonders geeigneten Förderinstrument.“

Für die Produktionsschulen ist die Arbeit mit den Jugendlichen erst dann beendet, wenn diese eine Ausbildung oder eine weiterführende Anschlussmaßnahme gefunden haben.

**Ansprechpartner:**

Dr. Cortina Gentner

Fachreferentin für Produktionsschulen

Amt für Weiterbildung, Abt. Außerschulische Bildung Hamburger Str. 131, 22083 Hamburg,

Tel: 040 42863 - 3878, [cortina.gentner@bsb.hamburg.de](mailto:cortina.gentner@bsb.hamburg.de)

**Rückfragen:**

Johanna Götze-Weber

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg, Tel.: 040 42863 - 2541

[johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de](mailto:johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de)

7. Mai 2010/bsb07

## **Schulausschuss des Deutschen Städtetages nimmt Stellung zur Hamburger Schulreform**

### **Vertreter der großen und kreisfreien Städte tagten in Hamburg**

Zwei Tage konnten sich die Mitglieder des Schul- und Bildungsausschusses des Deutschen Städtetages im Rahmen ihrer Frühjahrstagung in Hamburg über die geplante Schulreform informieren. Nach einem Vortrag über deren Inhalte erhielten die Teilnehmer Einblick in die Arbeit vor Ort: In der Katharinschule in der Hafencity präsentierten sich die Schule selbst (Modell 6-jährige Primarschule), die Max-Brauer Schule (Bundessieger Deutscher Schulpreis), die Gesamtschule Winterhude (Reformschule) und die Schule Rellingner Straße (Jahrgangübergreifendes Lernen). Die 45 Teilnehmer zeigten großes Interesse an dem Thema, das bundesweit eine sehr hohe Beachtung findet.

„Was in vielen Bundesländern diskutiert wird wie "Längeres gemeinsames Lernen, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit" etc., das wird in Hamburg engagiert angegangen", so Klaus Hebborn, hauptamtlicher Dezernent des Bildungsausschusses des Deutschen Städtetages. „Hier ist im Unterschied zu allen anderen Bundesländern ein parteienübergreifender Kompromiss zur Reform gelungen. Diese ideologiefreie und pragmatische Beschäftigung mit dem Thema ist sehr bemerkenswert. Deshalb ist die Hamburger Situation für den Schulausschuss des Deutschen Städtetages, wo ja alle Kommunen vertreten werden, sehr interessant. Die inhaltliche Richtung bewegt sich bundesweit im mainstream.“

Bildungssenatorin Christa Goetsch erfreute die Positionierung der Fachleute: „Der Deutsche Städtetag macht immer wieder durch seine hoch qualifizierten Stellungnahmen und Positionen auf sich aufmerksam. Er ist eine starke Stimme für die Interessen der deutschen Städte. Und jetzt durften wir feststellen, dass Hamburg bundesweit mit seinem umfassenden Reformansatz voranschreitet und sich gedanklich dabei in guter Nachbarschaft zu den großen und kreisfreien deutschen Städten befindet.“

Der Deutsche Städtetag ist das Organ der großen und kreisfreien deutschen Städte. Er ist parteipolitisch neutral und bezieht öffentlich Stellung zu zentralen, kommunalen Themen – auch gegenüber Landesregierungen und der Bundesregierung. Der Schul- und Bildungsausschuss ist einer von 14 Ausschüssen. Sie tagen zweimal pro Jahr in den Städten ihrer Mitglieder. Die nächste Tagung findet in Jena statt. Die rund 45 Teilnehmer tauschen sich zu wichtigen bildungspolitischen Themen über die Ländergrenzen hinweg aus. Zudem positionieren sie sich und bereiten Empfehlungen für den Hauptausschuss vor. Zu den Themen gehören beispielsweise Ganztagschulen, Sicherheit vor Amokläufen, Lehrerarbeitsplätze uvm.

Rückfragen

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

[www.schulreform.hamburg.de](http://www.schulreform.hamburg.de)

3. Mai 2010/bsu03

## „Klimageburtstag“!

### Umwelthauptstadt, Klimaschutz und Energiesparen beim Hafengeburtstag

Einer der Partner des 821. Hafengeburtstags ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Senatorin Anja Hajduk: „Für die Präsentation unserer neuen großen Energie- und Klimaschutzprojekte ist der Hafengeburtstag mit seinen vielen Besuchern bestens geeignet. Ich möchte Hamburger und Gäste herzlich einladen, uns in unserem Pavillon auf der Kehrwiederspitze zu besuchen. Dort werden wir besonders über die Projekte „Hamburg Umwelthauptstadt Europas 2011“, Hamburgs eigenes Energieunternehmen HAMBURG ENERGIE, unsere Klimaschutzprojekte und über die neue Hamburger EnergieAgentur Hamea informieren.“

Die BSU präsentiert sich vor der alten Polizeiwache an der Kehrwiederspitze bei der U-Bahn Baumwall an allen drei Hafengeburtstags-Tagen von 11:00 bis 18:00 Uhr mit einem eigenen Pavillon neben dem Solarkatamaran „„Planet-Solar“. Folgende Projekte werden vorgestellt:

2011 ist Hamburg „**Umwelthauptstadt Europas**“. Am Stand läuft dazu ein [Trickfilm](#), der [erstmals in Hamburg gezeigt wird und einige der](#) künftigen Umweltprojekte der Stadt illustriert. Der Film wird ab Mai auch im „Hamburg House“ auf der EXPO Shanghai gezeigt. Das Projektteam informiert umfassend über Idee, Planung und Projekte der Umwelthauptstadt 2011. Am Stand startet eine kleine [Meinungsumfrage](#) zu eigenen Ideen [und Vorstellungen](#) der Besucher [zum Thema Umweltschutz in Hamburg](#). Die besten Ideen sollen anschließend auf der Webseite der Umwelthauptstadt veröffentlicht werden.

Im BSU-Pavillon stellt auch **Hamburgs neue EnergieAgentur Hamea** ihre aktuelle Kampagne zum Energiesparen vor. Dabei werden in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Hamburg bis Oktober 500 kostenlose Beratungen inklusive Einbau von Energiesparprodukten für Mieter sowie Wohnungs- und Hauseigentümer angeboten. Wer wissen will, wie viel Energie im Haushalt noch gespart werden kann, spricht am Sonnabend, dem 8. Mai, und am Sonntag, dem 9. Mai, von 12:00 bis 18:00 Uhr am Hamea-Stand seinen ganz persönlichen Hausbesuch mit einem erfahrenen Energieberater ab. Gleich nach der Anmeldung am Stand gibt es ein kostenloses Strommessgerät mit Einweisung. Darüber

hinaus steht das Hamea-Team an allen drei Tagen für Informationen rund um das Thema Energiesparen im Haushalt zur Verfügung.

Seit 2007 verfolgt Hamburg eines der bundesweit ehrgeizigsten Klimaschutzkonzepte, das sich mit rund 360 Einzelmaßnahmen auf insgesamt elf große Bereiche von Klimafolgenmanagement über Gebäudesanierung bis zu den Autofreien Sonntagen erstreckt. Am Stand des „**Klimaschutzkonzepts Hamburg**“ kann man Klimaschutz selbst am Bildschirm üben. Grundlage ist eine Computer-Simulation mit den CO<sub>2</sub>-Daten der Metropolregion, alles in einfachen Uhren und Skalen dargestellt. Man denkt sich eine Maßnahme aus, z.B. 30% weniger Autoverkehr, verschiebt die Regler wie am Mischpult eines Studios und sieht sofort, wie sich die CO<sub>2</sub>-Werte insgesamt verändern. Und mit der „Klima-Waage“ lässt sich Obst „auf CO<sub>2</sub> prüfen“ und auf der „Klima-Treppe“ das Fortbewegungsmittel mit dem klimafreundlichsten Antrieb testen.

Seit September 2009 ist **HAMBURG ENERGIE** der neue städtische Energieanbieter für Hamburg und die Metropolregion. Mit kohle- und atomfreien Angeboten zu fairen Preisen leistet HAMBURG ENERGIE einen Beitrag zum Klimaschutz und bietet die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen. Denn je mehr Kunden zu HAMBURG ENERGIE wechseln, desto mehr investiert das Unternehmen in eigene umweltschonende Energieerzeugungsanlagen in Hamburg und Umgebung. Die erste ist bereits in Betrieb: Im vergangenen Dezember wurde Hamburgs größte freistehende Photovoltaik-Anlage auf der ehemaligen Mülldeponie Georgswerder eingeweiht. Im Pavillon der BSU informiert HAMBURG ENERGIE über weitere Projekte und seine Produkte.

**Kontakt:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann,  
T: (040)428.40-32 49, E-Mail: Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

igs05

## **Gartenschaugelände nimmt Formen an**

### **Westbereich der igs 2013 fast fertig**

**Hamburg, 05. Mai 2010 – Im Westbereich der internationalen gartenschau hamburg (igs 2013) wurden seit Beginn der Bauarbeiten im letzten Jahr 3.700 Meter Leitungen verlegt, 6.600 Meter Weg gebaut, mehrere tausend Kubikmeter Boden bewegt, eine neue Brücke gebaut und ein Teich entschlammt. Zur Zeit werden auf dem rund 6,5 Hektar großen Parkgelände an der Mengestraße die letzten Arbeiten durchgeführt, um die Grundstruktur für den künftigen Park herzustellen. Anschließend wird die Wegeverbindung zwischen dem Rathaus Wilhelmsburg und der Georg-Wilhelmstraße für die Öffentlichkeit wieder geöffnet.**

In den nächsten Wochen wird ein Stabgitterzaun zu den Nachbarn des igs 2013-Geländes in der Peter-Beenck-Straße gesetzt und die Grenze anschließend mit 29 Bäumen und über 500 Sträuchern bepflanzt. Bei allen Pflanzen handelt es sich um heimische Arten. Die Haselnuss ist genauso vertreten, wie das Pfaffenhütchen oder der Schneeball. Bei den Bäumen handelt es sich um Ahorn, Eberesche und Linde. In die Planungen für diesen Bereich sind entlang der Kornweidenwettern weitere ökologische Belange eingeflossen. So wurden die Flächen naturnah zu einem wechselfeuchten Standort entwickelt. Dafür wurde der Boden so modelliert, dass kleine Mulden im Boden entstehen, in denen sich Wasser sammeln kann. Diese kleinen Tümpel sind durch Verbindungsgräben miteinander vernetzt und neue, wichtige Lebensräume für Amphibien und Insekten. An deren Böschungen werden standortgerechte Stauden und Gräser wachsen, die mit den wechselnden Wasserständen zurechtkommen.

Außerdem wird im Westbereich des Gartenschaugeländes Rasen eingesät und der Platz vor der ehemaligen Kapelle gepflastert, genauso wie der große Platz an der Georg-Wilhelm-Straße, wo im Jahr 2013 der Westeingang zur Gartenschau sein wird. Je nach Wetterlage wird die Wegeverbindung zwischen dem Rathaus Wilhelmsburg und der Georg-Wilhelmstraße voraussichtlich im Frühsommer wieder zugänglich gemacht.

Weitere Gehölzpflanzungen, Staudenpflanzungen, Hochbeete, Bänke, Papierkörbe, die Beleuchtung und alles was zum Gelingen einer Gartenschau nötig ist, folgen bis zum Jahr 2013.

Während der igs 2013 wird in diesem Bereich des Parkgeländes die „Welt der Religionen“ zu entdecken sein. Hier wird erstmals ein interreligiöser Garten entstehen, den die fünf großen Weltreligionen Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus und Judentum gemeinsam gestalten. Im Sommer dieses Jahres soll mit dem Anlegen des Gartens begonnen werden.

#### **Rückfragen bitte an:**

Ina Heidemann, Petra Bäurle  
Tel. +49(0)40-226 31 98 -40/-42,  
presse@igs-hamburg.de

3. Mai 2010/bwf03

## Hamburg stellt sich dem Wettbewerb der Forschungsförderung

### Landesexzellenzinitiative präsentiert sich in Berlin

Im Januar 2009 hat die Hansestadt eine eigene Landesexzellenzinitiative ins Leben gerufen, um Hamburger Forschungsprojekte im bundesweiten Wettbewerb der Forschungsförderung zukünftig besser positionieren zu können. Unter dem Motto „Denn wir wissen, was wir NICHT tun! – Eine Wissenschafts- und Forschungsmetropole stellt sich“ präsentiert die Hansestadt im Rahmen eines Parlamentarischen Abends am 4. Mai 2010 in Berlin seine Landesexzellenzinitiative einem breiten bundespolitischen Publikum. Ebenso wird die brandneue, rund 70 Seiten umfassende Broschüre zur Landesexzellenzinitiative, in der alle Forschungsprojekte dargestellt sind, der Öffentlichkeit vorgestellt.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Gerade mit Blick auf die forschungsstarken süddeutschen Bundesländer gilt es zu zeigen, dass auch in Hamburg schon heute exzellente Forschung betrieben wird. Mit unserer Landesexzellenzinitiative senden wir ein Signal an die Mitbewerber, dass Hamburg sich dem Wettbewerb stellt und fit macht für die zweite Runde der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern.“

Den Abend eröffnen werden Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach und die Vorsitzende des Vorstands der Joachim Herz Stiftung, Frau Petra Herz, jeweils mit einem Grußwort. Den Impulsvortrag „Universität Hamburg 2010ff“ hält der Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen. An einer Podiumsdiskussion nehmen weiterhin teil: Prof. Dr. Ernst Th. Rietschel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm Gottfried Leibniz, Prof. Dr. Helmut Dosch, Vorsitzender des DESY-Direktoriums, sowie Prof. Dr. Peter Siegmund, Cluster-Koordinator an der Universität Hamburg, und Prof. Dr. Anita Engels vom Hamburger Klima-Exzellenzcluster „CliSAP“.

#### Hintergrund:

Acht interdisziplinäre Forschungsverbünde (Exzellenzcluster) sowie fünf Einrichtungen zur strukturierten Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern (Graduiertenschulen) sind im Rahmen der Hamburger Landesexzellenzinitiative als förderungswürdig ausgewählt worden

und werden in den nächsten Jahren mit insgesamt 16,5 Mio. Euro unterstützt. Die Joachim Herz Stiftung als Partner der Hamburger Landesexzellenzinitiative fördert dabei einen Exzellenzcluster der Universität Hamburg und des DESY mit eigenen Mitteln.

Eine **Graduiertenschule** dient der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und ist ein befristetes, strukturiertes Studien- und Forschungsprogramm für Doktoranden. In einer Graduiertenschule lernen, arbeiten und forschen Doktoranden und Postdoktoranden gemeinsam themenzentriert in einem größeren Forschungszusammenhang.

**Forschungscluster** sind regionale Forschungsverbünde, die die vorhandene Expertise zu einem (größeren) Forschungsthema bündeln. In den Clustern arbeiten alle für das Thema relevanten Einrichtungen und Wissenschaftler/innen aus universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen, um aktuelle und komplexe wissenschaftliche Fragestellungen zu untersuchen.

#### **Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,

Tel.: 040 42863-2322, [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

## P R E S S E M I T T E I L U N G

Hamburg, den 5. Mai 2010/rh05

### ***Rechnungshöfe des Bundes und der Länder einig:***

### ***Verfassungsrechtliches Schuldenverbot darf nicht umgangen oder ausgehöhlt werden***

Auf ihrer Konferenz am 4. und 5. Mai 2010 in Hamburg haben sich die **Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder** unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofs des Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Dr. Jann Meyer-Abich, insbesondere mit der **Ausgestaltung der Schuldenregel in Bund und Ländern** befasst. Auch die **Standards für die staatliche doppelte Buchführung von Bund und Ländern** waren Beratungsgegenstand.

Das zweimal jährlich stattfindende Treffen dient dem Meinungsaustausch und der Abstimmung zwischen den Kontrollbehörden in wichtigen Fragen der Finanzkontrolle. Hieran beteiligen sich generell auch die Chefs der Rechnungshöfe der **Schweiz** und **Österreichs** sowie das deutsche Mitglied des **Europäische Rechnungshofs**.

#### **Ausgestaltung der Schuldenregel in Bund und Ländern**

Die Präsidentenkonferenz hat bereits mehrfach auf die Probleme hingewiesen, die sich aus der fortwährend steigenden Staatsverschuldung ergeben. Sie bewertet die Einrichtung der neuen verfassungsrechtlichen Schuldengrenzen für die Haushalte von Bund und Ländern als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass das neue Regelwerk nicht durch Umgehungs- und Ausnahmetatbestände in seiner die Neuverschuldung begrenzenden Wirkung ausgehöhlt wird und dadurch neue Belastungen entstehen. Diese Gefahr besteht insbesondere durch Verlagerung von Schulden auf Sondervermögen, durch extensive Auslegung von Ausnahmetatbeständen oder durch überhöhte Kreditaufnahmen

im Übergangszeitraum bis 2019 (siehe den als **Anlage 1** beigefügten **Beschluss** der Präsidentenkonferenz). **Die Präsidentenkonferenz** will die Einhaltung des Neuverschuldungsverbotes durch Bund und Länder weiter kritisch verfolgen und dabei insbesondere die Arbeit des neu gegründeten Stabilitätsrats bei der Eindämmung der Staatsverschuldung begleiten.

### **Standards für die staatliche doppelte Buchführung von Bund und Ländern**

Das Haushaltsgrundsätzegesetz eröffnet Bund und Ländern die Möglichkeit, ihre Haushalte alternativ zum bisher üblichen kameralen Rechnungswesen nach den Grundsätzen der staatlichen doppelten Buchführung (staatliche Doppik) zu führen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat dazu Standards formuliert, die durch Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder umzusetzen sind. Mit diesen Standards soll im Interesse von Transparenz und Vergleichbarkeit eine bundesweit einheitliche Verfahrens- und Datengrundlage für Kameralistik, Doppik und Produkthaushalte gewährleistet werden. **Die Präsidentenkonferenz** hat die wesentlichen Positionen der Rechnungshöfe dazu in den **anliegenden Hinweisen (Anlage 2)** zusammengefasst.

**Präsident Dr. Meyer-Abich** zieht für seine Amtsperiode als Vorsitzender der Präsidentenkonferenz eine positive Bilanz:

„Auf der Herbsttagung in Luxemburg haben wir mit dem Europäischen Rechnungshof diskutiert und Verständnis sowie Zusammenarbeit stärken können. Die Frühjahrstagung in Hamburg zeigt Wege, Umgehungsstrategien für das verfassungsrechtliche Verschuldungsverbot zu verhindern und Transparenz und Vergleichbarkeit bei der Reform des öffentlichen Rechnungswesens zu sichern.“

### **Für Rückfragen:**

Bernd Kritsch, Präsidialabteilung des Rechnungshofs,  
Tel. 040 / 428 23 - 1770  
E-Mail: [Rechnungshof@rh.hamburg.de](mailto:Rechnungshof@rh.hamburg.de),  
Internet: [www.rechnungshof.hamburg.de](http://www.rechnungshof.hamburg.de)

**Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe  
des Bundes und der Länder zur Ausgestaltung der Schuldenregel  
in Bund und Ländern vom 4. Mai 2010**

Die Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben bereits mehrfach auf die Probleme hingewiesen, die sich aus der fortwährend steigenden Staatsverschuldung ergeben. Die Einrichtung der neuen verfassungsrechtlichen Schuldengrenze im Grundgesetz (GG) für die Haushalte von Bund und Ländern ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Verfassungsbestimmungen der neuen Schuldenregel durch ihre rechtliche und tatsächliche Umsetzung weder umgangen noch ausgehöhlt werden und dadurch entsprechende Belastungen für den öffentlichen Gesamthaushalt entstehen. Insbesondere können dies sein:

- Verlagerung von öffentlichen Kreditaufnahmen auf Sondervermögen oder bundes-/landeseigene Gesellschaften und juristische Personen des öffentlichen Rechts,
- Verlagerung der Verschuldung auf Kommunen und Sozialversicherungsträger,
- überhöhte Kreditaufnahme im Übergangszeitraum bis 2019,
- Flucht in Sonderfinanzierungen, wie z. B. unwirtschaftliche Vermögensveräußerungen mit anschließender Anmietung oder PPP-Maßnahmen für Investitionsprojekte,
- extensive Auslegung der Ausnahmetatbestände (Naturkatastrophen, außergewöhnliche konjunkturelle Notsituationen),
- Überschreitung der veranschlagten Kreditaufnahme im Vollzug.

Eine durchgreifende Haushaltskonsolidierung kann nur gelingen, wenn die Vorgaben für konjunkturelle Kreditaufnahmen sehr restriktiv gefasst und aufgenommene Kredite mit Hilfe eines konkreten Tilgungsplanes zurückgeführt werden. Nach Auffassung der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder kann das Neuverschuldungsverbot nur eingehalten werden, wenn Maßnahmen zur dauerhaften Entlastung der öffentlichen Haushalte frühzeitig umgesetzt werden. Sie empfehlen bereits im Zusammenhang mit der Aufstellung der Haushalte 2011/2012 Handlungskonzepte zur Umsetzung der notwendigen Schritte zu verabschieden.

Landesrechtliche Regelungen, die zielgerichtet zu einer Nullverschuldung führen, fehlen in vielen Fällen. Die nähere Ausgestaltung der Schuldenregel für die Länder sollten diese mit

Blick auf Art. 109 Abs. 3 Satz 5 GG im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen jetzt schaffen. Die Rechnungshöfe weisen darauf hin, dass die Haushaltsüberwachung nur auf Basis länderübergreifend vergleichbarer, objektiver und nicht gestaltbarer finanzwirtschaftlicher Kennzahlen erfolgen kann. Der neu gegründete Stabilitätsrat hat dabei und bei der Eindämmung der Staatsverschuldung eine wichtige Funktion.

**Hinweise der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe  
des Bundes und der Länder zu den Standards staatlicher Doppik  
vom 4. Mai 2010**

Durch § 1a des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) eröffnet sich Bund und Ländern die Möglichkeit, ihre Haushalte alternativ zum kameralen Rechnungswesen nach den Grundsätzen der staatlichen doppelten Buchführung (staatliche Doppik) zu führen. Zum Zwecke der Konkretisierung dieser Grundsätze und um vom Handelsgesetzbuch (HGB) aufgrund der Besonderheiten der öffentlichen Haushaltswirtschaft abweichende Regelungen festzulegen, hat ein Bund-Länder-Gremium Standards staatlicher Doppik erarbeitet. Wesentliche Positionen dazu sind:

- Gemäß § 7a Abs. 1 HGrG folgt die staatliche Doppik den Vorschriften des HGB und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung. Es ist sicherzustellen, dass von den Regelungen des HGB nur in besonders begründeten Ausnahmefällen abgewichen wird. Besonderheiten der öffentlichen Haushaltswirtschaft machen eine Abweichung nur dann erforderlich, wenn die aus der staatlichen Betätigung resultierenden Geschäftsvorfälle im Sachverhalt jenen aus der Privatwirtschaft nicht vergleichbar sind. Einzelne Regelungen der Standards, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sollten überarbeitet werden. Auch um die Reformziele der Doppikeinführung – insbesondere Transparenz des Ressourcenverbrauchs – zu erreichen, dürfen Praktikabilitätsgesichtspunkte nicht zum Maßstab gemacht werden. Sie können allenfalls Übergangsregelungen rechtfertigen.
- Zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sehen die Standards staatlicher Doppik Erleichterungen vor. Insbesondere ist in Konkretisierung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung der Ansatz vorsichtig geschätzter Zeitwerte als fiktive Anschaffungs- und Herstellungskosten vorgesehen. Dadurch wird der Umfang stiller Reserven in angemessener Weise begrenzt und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage gewährleistet. Erleichterungen, die die tatsächliche Vermögens- und Finanzlage nicht zutreffend abbilden, sind zu vermeiden.
- Die Standards staatlicher Doppik sehen den Einzelabschluss des Kernhaushalts, einen Bundes-/Landesabschluss unter Einbeziehung der rechtlich unselbstständigen Vermögen sowie einen Gesamtabschluss vor. Mit der Konsolidierung zu einem Bundes-/Landes- oder Gesamtabschluss wird eine transparente Übersicht über das Gesamtvermögen und die Gesamtschulden einer Gebietskörperschaft erreicht. Die in den Standards staatlicher Doppik getroffenen Regelungen stellen eine gute Grundlage hierfür dar. Der Überblick über das Gesamtvermögen und die Gesamtschulden sollte von allen Gebietskörperschaften zeitnah durch vergleichbare Abschlüsse hergestellt werden. Mit der Einführung der Doppik sollte ein Gesamtabschluss verpflichtend sein.
- Die Anwendung der Standards auf doppisch buchende juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie Sondervermögen und Bundes-/ Landesbetriebe ist sinnvoll. Die notwendige Transparenz und die Vergleichbarkeit sind ansonsten nicht gewährleistet. Außerdem

entspricht die Anwendung anderer Regelungen im Hinblick auf die bei der Konsolidierung erforderliche Angleichung nicht dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit.

- Die nach den Haushaltsordnungen bestehenden Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Rechnungshöfe bleiben von der beratenden Mitwirkung des Bundes- und eines Landesrechnungshofes an der Erarbeitung der Standards unberührt. Um die wirksame Wahrnehmung der gesetzlichen Mitwirkungsrechte sicherzustellen, sollten die in den Haushaltsordnungen vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren mit den Rechnungshöfen möglichst frühzeitig durchgeführt werden.

5. Mai 2010/jb05

## Klare Grenzen für Videoüberwachung

Der Senat hat einen Entwurf über das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes“ beschlossen. Ziel ist es, die Videoüberwachung in Dienstgebäuden auf eine eindeutige gesetzliche Grundlage zu stellen.

„Wir nehmen die Kritik des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten Prof. Caspar ernst. Darum hat der Senat beschlossen, die Videoüberwachung in Dienstgebäuden zu überprüfen und eine klare Rechtsgrundlage zu schaffen“, so **Justizsenator Dr. Steffen**. „Die Überwachung mit Videokameras greift erheblich in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Andererseits müssen bestimmte Bereiche von Dienstgebäuden besonders geschützt werden. Unser Gesetzentwurf ist ein guter Kompromiss: er begrenzt die Videoüberwachung auf das unbedingt notwendige Maß und stellt klare Kriterien auf. Ich halte es für wichtig, dass nun alle Behörden genau prüfen, welche Videokameras sie wirklich brauchen“, erklärt der **Justizsenator**.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 23. Februar 2007 entschieden, dass für die aufzeichnende Videoüberwachung öffentlicher Plätze mit der Möglichkeit, Personen zu identifizieren, eine besondere Ermächtigungsgrundlage erforderlich ist. Eine solche Videoüberwachung ist nicht von den allgemeinen datenschutzrechtlichen Regelungen gedeckt.

Über den Gesetzentwurf muss nun die Bürgerschaft beraten.

### Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953,  
E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

4. Mai 2010/bwf04

## HAW-Präsident Professor Stawicki wiederbestellt

Der Hamburger Senat hat heute den Präsidenten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW Hamburg), Herrn **Prof. Dr. Michael Stawicki**, für eine zweite Amtszeit bestellt. Zuvor hatten der Hochschulrat und der Hochschulsenat der Hochschule über eine zweite Amtszeit beraten und einer Wiederwahl von Herrn Prof. Stawicki zum Präsidenten zugestimmt bzw. ihn für die Bestellung vorgeschlagen. Herr Prof. Stawicki wird seine zweite Amtszeit am 01.06.2010 – im direkten Anschluss an die erste Amtszeit – antreten. Die Amtszeit beträgt nach dem Hamburgischen Hochschulgesetz sechs Jahre.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, Herrn Prof. Stawicki für eine weitere Amtszeit als Präsident der HAW Hamburg zu gewinnen. Unter seiner Leitung hat die Hochschule ihr eigenständiges Profil weiter geschärft und ist zu einem wichtigen Impulsgeber in der Stadt geworden. Ich bin sicher, dass die HAW Hamburg sich auch in den nächsten Jahren unter der Leitung von Prof. Stawicki hervorragend entwickeln und noch stärker in der Hamburger Wissenschaftslandschaft positionieren wird.“

**Prof. Dr. Eckart Kottkamp**, Vorsitzender des Hochschulrates der HAW Hamburg: „Unter der Leitung von Prof. Stawicki hat die HAW in den vergangenen Jahren unter Wahrung der Kompetenz der Fakultäten und Fachbereiche ein bundesweit anerkanntes ganzheitliches Profil entwickelt. In einer Phase der noch nicht abgeschlossenen Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse ist durch die Wiederbestellung eine zukunftsorientierte Kontinuität sichergestellt.“

Nach dem Hamburgischen Hochschulgesetz wird die Präsidentin oder der Präsident einer staatlichen Hamburger Hochschule vom Hochschulrat gewählt, vom Hochschulsenat bestätigt und vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg bestellt. Prof. Stawicki ist seit dem 1. Juni 2004 Präsident der HAW Hamburg.

### Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

05.05.2010/bez05

## **Bürgerentscheid im Bezirk Eimsbüttel zur Isebek-Bebauung**

Im Bezirk Eimsbüttel wird am 1. Juli 2010 erstmalig ein Bürgerentscheid durchgeführt. Abstimmungsberechtigt sind alle Eimsbüttler Einwohnerinnen und Einwohner, die am Abstimmungstermin auch zur Wahl der Bezirksversammlung Eimsbüttel wahlberechtigt wären.

Die rd. 194.000 abstimmungsberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks Eimsbüttel werden über eine Vorlage der Isebek-Initiative zum Bürgerbegehren „Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!“ und über eine Vorlage der Bezirksversammlung Eimsbüttel abstimmen können. Beide Vorlagen können angenommen werden. Für diesen Fall ist in einer Stichfrage darüber abzustimmen, welche Vorlage bevorzugt werden soll.

Bis spätestens zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin erhalten die abstimmungsberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner in Eimsbüttel alle Informationen zur Stimmabgabe, den Stimmzettel und die Vorlagen automatisch zugeschickt.

Die Eimsbüttler Bürgerinnen und Bürger sollten von der Möglichkeit der Briefabstimmung Gebrauch machen. Am Abstimmungstag selbst kann die Stimmabgabe zwischen 08.00 und 18.00 Uhr in den Kundenzentren des Bezirksamtes Eimsbüttel erfolgen.

### **Rückfragen:**

Jutta Schneider  
Bezirksamt Eimsbüttel  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Grindelberg 66, 20139 Hamburg  
Tel.: 040-42801-2053 oder 0170-8518432  
Fax: 040-42801-3699  
E-Mail: [pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de](mailto:pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de)

6. Mai 2010/bfi06

## **Volksentscheid zur Schulreform am 18. Juli 2010:**

### **So sieht der Stimmzettel aus**

Der Stimmzettel für den Volksentscheid am 18. Juli 2010 über die Schulreform geht jetzt in den Druck. Das gab **Landesabstimmungsleiter Willi Beiß** heute bekannt, nachdem die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am Mittwoch einen Gegenvorschlag zum Vorschlag der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ beschlossen hat. Die Abstimmungsberechtigten können über zwei Vorlagen entscheiden. Beide Vorlagen sind auf dem Stimmzettel abgedruckt, sodass die Abstimmenden ihre Entscheidung in Kenntnis des Inhalts der jeweiligen Vorlagen treffen können. Die Abstimmungsfrage kann jeweils mit „JA“ oder „ NEIN“ beantwortet werden. Hierfür sind auf dem blauen Stimmzettel entsprechende Ankreuzfelder vorgesehen.

Alle rund 1,2 Millionen Abstimmungsberechtigten erhalten den Stimmzettel zusammen mit den Briefunterlagen ab Ende Mai zugeschickt und können den Stimmzettel dann sofort ausfüllen und kostenfrei zurückschicken. Sie brauchen also nicht bis zum Abstimmungstag zu warten, der in den Sommerferien liegt.

Ein Muster des Stimmzettels finden Sie im Internet.

#### **Für Rückfragen:**

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Ralf Kunz und Thomas Butter, Tel. 0 40 – 42839-2678 und -2670

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

**und**

**Asmus Rösler, Landeswahlamt, Tel. 0 40 – 42839-1732**

7. Mai 2010/bsu07

## Kühl, aber frisch

### Die Badesaison 2010 ist eröffnet!

15 Badestellen an den derzeit 13 offiziellen Hamburger Badegewässern sind ab heute bis zum 13. September geöffnet. Nur der Eichbaumsee bleibt wegen Sanierungsarbeiten weiter geschlossen. Die durchschnittliche Wassertemperatur beträgt derzeit durchschnittlich 12 Grad.

Die Hamburger Badegewässer werden alle drei Wochen durch die jeweiligen Bezirksämter beprobt. Untersucht wird entsprechend der EG-Badegewässerrichtlinie auf die Darmbakterien Intestinale Enterokokken und Escherichia Coli. Diese Bakterien dienen als Indikator für eventuelle gesundheitliche Risiken durch Belastungen im Gewässer. Wenn nötig, wird zusätzlich auf Cyanobakterien (Blaualgen) und Zerkarien (Gabelschwanzlarven) untersucht. Über die Anforderungen der EG-Badegewässerrichtlinie hinaus werden in Hamburg außerdem die Sichttiefe, der pH-Wert und die Wassertemperatur gemessen. In besonderen Fällen gibt es Untersuchungen der Wasserproben auf noch weitere Parameter.

Die Ergebnisse der regelmäßigen Untersuchungen kann man im Internet unter [www.hamburg.de/badegewaesser](http://www.hamburg.de/badegewaesser) nachlesen. Dort findet man auch weitere wichtige Infos wie

Anfahrtswege, Serviceeinrichtungen, Öffnungszeiten, abweichende Badesaisonzeiten und Kurzbeschreibungen der Badestellen.

Zum Beginn der Badesaison 2010 hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) ein neues Faltblatt über Hamburgs Badegewässer erstellt. Es ist kostenlos in allen Bezirksämtern zu erhalten und u.a. in der Tourismuszentrale (Steinstraße 7), im Stadtmodell (Wexstraße 7) und im Infocenter Wasser Umwelt Gesundheit (Hermannstraße 14) Hier findet man alle wichtigen Informationen rund um die Badestellen. Im Internet steht der flyer unter <http://www.hamburg.de/contentblob/147450/data/badegewaesser-faltblatt.pdf> .

Bei weiteren Fragen kann man sich auch direkt per Email unter [badegewaesser@bsu.hamburg.de](mailto:badegewaesser@bsu.hamburg.de) an die Kolleginnen aus der Abteilung für Gewässerschutz der BSU wenden.

**Kontakt:** Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, [Volker.Dumann@bsu.hamburg.de](mailto:Volker.Dumann@bsu.hamburg.de).

## Terminkalender

Vom 09. Mai bis 16. Mai 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Sonntag, den 09.05.2010

**15:00** Millertor-Stadion, Heiligengeistfeld  
Bürgermeisterin Christa Goetsch besucht das **letzte Spiel der Saison des FC St. Pauli gegen SC Paderborn.**

### Montag, den 10.05.2010

**ganztägig** Sankt Petersburg  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt vom **10. bis 12.05.2010 teil am 9. Treffen der Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppen des Bundesrates und des Russischen Föderationsrates.**

**12:00** Gewerbeschule für Kraftfahrzeugtechnik, Ebelingplatz  
Senator Christoph Ahlhaus eröffnet als Schirmherr für **Hamburg die Kfz-Sicherheitsaktion „Safety Check“ der DEKRA.**

**12:00** Jugendherberge Horner Rennbahn, Rennbahnstraße 100  
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau der Jugendherberge Horner Rennbahn.**

**12:15** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht im Rahmen eines **Senatsfrühstücks aus Anlass des Besuches des französischen Hubschrauberträgers „Jeanne d’Arc“ ein Grußwort.**

**14:00** Altstädter Twiete 1-5, 20095 Hamburg  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt an der **Siegerehrung des Schülerwettbewerbs „Wie klingt die Straße“ von Hinz & Kunzt und AUDIYOU teil.**

**15:30** Bürgermeistersaal, Rathaus  
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort anlässlich der **Siegerehrung des 57. Europäischen Wettbewerbs - Mit neuem Mut. 2010 – Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.**

**17:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Bürgermeister Ole von Beust empfängt die **Mannschaft des FC St. Pauli.**

**19:00** Thalia in der Gaußstraße, Gaußstraße 190  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des Rita-Tanck-Glaser-Schauspielpreises an Marion Breckwoldt.**

**19:00** East Restaurant & Hotel, Simon-von-Utrecht-Str. 31  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil am ersten **Treffen der Creative Community.**

**Dienstag, den 11.05.2010**

**11:45** Pickhuben 3  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Besuches des Mitmachertages der Wissensfabrik.**

**12:30** Baustelle Haltestelle HafenCity Universität  
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt am **Richtfest für die U4 Haltestelle** teil.

**13:00** Hotel Steigenberger, Heiligengeistbrücke 4, 20459 Hamburg  
Staatsrat Dr. Stefan Schulz leitet vom 11.05.-12.05.2010 die **Konferenz der Staatssekretäre und Staatsräte zur Vorbereitung der Frühjahrssitzung der ständigen Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder.**

**14:30** KLINK Kindermuseum, Achtern Born 127, 22459 Hamburg  
Bürgermeister Ole von Beust besucht die **Kindertalkshow des Hamburger Abendblattes.**

**15:00** Regatta-Zentrum, Allermöher Deich 36  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein Grußwort anlässlich des **Richtfestes 'Zielturm Regatta-Zentrum'.**

**16:00** Rathausmarkt  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck überreicht gemeinsam mit **UEFA-Präsident Michel Platini die Medaillen an die Sieger des „UEFA Youth-Tournament 2010“.**

**19:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1  
Senator Dietrich Wersich diskutiert mit **Cord Wöhlke und Thomas Bredow über die Frage: „Wie leben und arbeiten Hamburgs Eltern? Auftrag und Chance für Hamburger Unternehmen.“** Auf der Veranstaltung der „Hamburger Allianz für Familien“ wird die gleichnamige Studie erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

**19:30** Rathaus, Großer Festsaal  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich des **„Official Dinner“ am Vorabend des UEFA Europa League Finales.**

**Mittwoch, den 12.05.2010**

**12:00** Übersee-Club  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Executive Port Meeting.**

**17:00** HafenCity Hamburg  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort bei der **Preisverleihung der Wasserstoff-Rallye von Berlin nach Hamburg.**

**20:45** HSH Nordbank Arena, Sylvesterallee 7

Bürgermeister Ole von Beust und Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besuchen das **UEFA Europa League Finale zwischen Atletico Madrid und FC Fulham.**

**Sonntag, den 16.05.2010**

- 11:00** Thalia Theater, Alstertor  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Zeit-Matinee** zur Rolle der Bundeswehr im Afghanistan-Einsatz mit Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg.
- 17:00** Stadt Brandenburg an der Havel, Burghof 10, im Dom  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort zum **78. Tag für Denkmalpflege und Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der BRD "Bildung und Denkmalpflege"**.
- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen die **Erstaufführung „The Infernal Comedy“ mit John Malkovich im Rahmen der Elbphilharmonie Konzerte.**